

# Brasilien Aktuell 2017



## Rente: Erholung erst in der Ewigkeit?

Aktivitäten des Arbeitskreises - Situation bei Mercedes-Benz und bei BASF –  
Widerstandsaktivitäten – Verschlechterung der Sozial- und Arbeitsgesetze – Folgen  
der Haushaltsdeckelung - Berufliche Bildung – Korruption und  
Korruptionsbekämpfung – Moral der Elite – Situation der Gefängnisse – Kampf  
gegen Wasserprivatisierung – Angriffe auf Indigene – internationaler  
Jugendaustausch – Besuch von GewerkschafterInnen in Brasilien – Generalstreik

**Redaktionsschluß: 19. April 2017**

**Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“  
im DGB, Region Nordbaden, Mannheim**

# Der Arbeitskreis im letzten Jahr

Der Arbeitskreis konnte seine Tätigkeit auch in diesem Jahr in gewohnter Form fortsetzen. Etwa monatlich trafen sich die 8 bis 10 Mitglieder in einer der Wohnungen. Sie tauschten dabei aktuelle Informationen über Brasilien aus, diskutierten Entwicklungen und besprachen weitere Aktivitäten.

**Regelmäßiger gegenseitiger Informationsaustausch:** Über die Entwicklungen in den Werken von Mercedes Benz vor allem in Sao Bernardo-Brasilien sowie in Mannheim und Wörth Deutschland wurden zeitnah Berichte zugeschickt.

**Besuche:** Lediglich ein Arbeiter und eine Gewerkschaftssekretärin aus der Chemischen Industrie waren zu Gast. Sie machten eine Werkstour durch die BASF und sprachen mit dem dortigen Betriebsrat.

## Solidaritätsbriefe:

- Aus Brasilien erhielten wir einen Brief zur IGMetall – Tarifrunde im Juni 2016.
- Von uns gingen Briefe nach Brasilien gegen die Androhung von 2000 Entlassungen. Wir konnten in einigen hiesigen Werken solche und andere Aktivitäten, z.B. in Wörth, anregen, auch bei der Delegiertenversammlung in Neustadt.
- Die IGMetall Mannheim schrieb einen Brief zur großen Kundgebung am 22. 9. gegen die Verschlechterung der Arbeitsgesetze in Brasilien. Im Rahmen des parlamentarischen Putsches haben Mitglieder des AK in der hiesigen Presse Leserbriefe gegen die einseitige und oberflächliche Berichterstattung geschrieben.

**Auseinandersetzung bei GE:** Die Belegschaften bei GE in Mannheim und in Brasilien unterrichteten einander über die jeweilige Situation in den entsprechenden Werken. Die Brasilianer sandten einen Solidaritätsbrief an die KollegInnen von GE in Mannheim, der sehr guten Anklang fand.

**Mitarbeit bei IGMetall-Seminaren:** Etwa 10-mal war der AK eingeladen, um in Seminaren der IG-Metall Mannheim/Heidelberg und Neustadt über die Erfahrungen in der internationalen Gewerkschaftsarbeit zu berichten. Sie trafen dabei auf sehr interessierte ZuhörerInnen. Etwa 180 von ihnen haben sich inzwischen in einen E-Mail-Verteiler eingetragen. Sie erhalten alle paar Monate einen aktuellen Bericht mit ausführlichen Informationen über die Entwicklung in Brasilien, vor allem bei Mercedes - Benz dort.

**Veranstaltungen:** Neben der aktiven Anwesenheit beim am 1. Mai-Fest mit Infostand und Broschüren wurden im Laufe des Jahres zwei Veranstaltungen durchgeführt:

- Im Juni 2016 zu Olympia in Rio mit dem Thema: „Spiele ohne Menschenrechte?“
- Über die jahrelange Auseinandersetzung in einem Chemie Betrieb in Brasilien. Thema: „Leben

vor Profit“ und „Warum wurde die Präsidentin Dilma abgesetzt?“

## Teilnahme an:

- „4.Deutsch-Brasilianische Konferenz“ vom 22. bis 24. Juni in Frankfurt, organisiert von der Hans-Böckler-Stiftung und der IGMetall. 35 KollegInnen aus Metallbetrieben in Brasilien waren dazu angereist. Mitglieder des AK konnten durch ihre Aktivität u.a. dafür sorgen, dass auch aus den Mercedes-Werken in Deutschland 15 Kollegen teilnahmen und dass eine Zusammenkunft mit der Mercedes Leuten aus Brasilien stattfand.

- Runder-Tisch, organisiert von KOBRA (Kooperation Brasilien). Thema: „Neue alte Vielfalt. Traditionelle Völker und Gemeinschaften“.

**MST:** Unterstützung der Landlosenbewegung. Der AK konnte einen größeren Geldbetrag überweisen.

**Protestaktion:** Gegen Bundesrichter Moro in Heidelberg am 9.12.2016. Der AK engagierte sich in einem Bündnis, auch mit Unterstützung der Internetseite: amerika 21.



Dabei wandten sich viele vor und in der Veranstaltung gegen die parteiische Justiz durch Flugblätter, Transparente und kritische Fragen.

**Mitgliedschaft und Mitarbeit** bei KOBRA = Kooperation Brasilien und im Eine-Welt-Forum Mannheim.

**BMZ**  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

**klimanutral**  
ausgedruckt

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ. Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

## Kontaktadressen:

Angela HIDDING, Langstr.11 – 13, 68169 Mannheim  
Tel: 0621 35 973  
email: HiStaMa@t-online.de  
Fritz HOFMANN, Sedanstr. 22, 67063 Ludwigshafen  
Tel: 0621 69 98 61  
email: F.Hofmann-Lu@t-online.de

## Entwicklung bei Mercedes Benz und bei BASF in Brasilien

### LKW Werk in Sao Bernardo.

Die Beschäftigungssituation in der Automobilbranche hat sich auch im Jahr 2016 nicht gebessert. Nach wie vor sind bei Mercedes Arbeiter zu viel. In den Sommermonaten konnte sich die Belegschaft zusammen mit der Gewerkschaft gegen angedrohte und teilweise schon ausgesprochene Entlassungen wehren und Ende August eine halbwegs erträgliche Vereinbarung mit der Firmenleitung erstreiten: Die ausgesprochenen Entlassungen wurden damals zurückgenommen; es gab weitere Gruppen, die in rollierendem System ins „Lay Off“ (von der Arbeit befreit, keine Lohnneibußen, verpflichtete Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen) geschickt wurden. Die Firma bot ein neues verbessertes Ausscheidungsverfahren an: 100.000 Reais (ca. 27.000 Euro) für alle, die „freiwillig“ rausgehen, schließlich eine Beschäftigungsgarantie bis Ende 2017. Dennoch gab es 300 Entlassungen.

Diese Regelung geht nun auch in diesem Jahr 2017 so weiter. Man erwartet eine ganz leichte Steigerung von 28 600 auf 32 000 Einheiten. In den ersten Monaten sind 500 KollegInnen im „Lay Off“ bis im März. Dann dürfen sie wieder an die Arbeit und eine nächste Gruppe von 500 wird in „Lay Off“ gehen.

Da die versprochene Restrukturierung nicht durchgeführt wird und der Arbeitsrhythmus erhöht ist, kommt es zu mehreren Unfällen, zum Glück ohne schwere Verletzungen.

Auch im März ist die Situation nicht besser und man hält sich weiter mit neuen Gruppen in „Lay Off“ über Wasser, um Entlassungen zu vermeiden. Neu ist die Auseinandersetzung um die Durchführung von verabredeten Umgruppierungen und daraus erfolgenden Lohnerhöhungen. Die Firmenleitung hat sich geweigert, diese durchzuführen. Mehrmals war die Belegschaft dadurch gezwungen, Protestmärsche durch den Betrieb zu machen und entsprechende Versammlungen zu organisieren. Schließlich hat die Werkleitung zugestimmt, die im März fällige Maßnahme nun doch im April zu realisieren. Kleiner Erfolg!

Insgesamt klagen Betriebsrat und Gewerkschaft darüber, dass der Dialog mit der aktuellen Werkleitung sehr schwierig ist, was des Öfteren zu Konflikten führt.

Ansonsten ist die Belegschaft voll einbezogen in die aktuellen Kämpfe gegen die Reformvorschläge der Putsch - Regierung. Sie wollen ihre Unzufriedenheit zeigen und planen mit anderen Bereichen für die Monate März und April Streiks.



Am 31. März haben die Kollegen einen 24 stündigen Streik durchgeführt. Alles dient der Vorbereitung des Generalstreiks am 28. April.

### LKW Werk in Juiz de Fora

Zurzeit werden in der Fabrik pro Tag 5 Einheiten vom LKW Actros gebaut sowie 90 Kabinen im Rohbau und in der Lackiererei hergestellt. Es gibt Informationen, dass die Produktion vom LKW nach Sao Bernardo verlegt werden soll. Die Gewerkschaft mobilisiert die politischen Autoritäten, sich darum zu bemühen, dass ein anderes Projekt als Ausgleich nach Juiz de Fora kommt.

### PKW Werk in Iracemapolis

Hier werden seit gut einem Jahr die C-Klasse und GLAs produziert, ungefähr 10.000 Einheiten pro Jahr. Im April d.J. erschienen in einigen Zeitungen Berichte, dass das Werk demnächst wieder geschlossen werden könnte. Denn es könnten die steuerlichen Begünstigungen für solche Kleinbetriebe wegfallen.

## BASF: Zoff in Guar

Im größten Werk der BASF in Brasilien in Guaratinguet gibt es erneut Zoff. Die Gewerkschaftszeitung beklagt die Einschüchterung von Arbeitern durch Vorgesetzte, wenn diese Arbeiter die Gewerkschaft aufsuchen. So geschehen am 31. Januar und am 2. Februar. Aber das sei ein Verhalten, das immer wieder praktiziert wird. Die Arbeiter würden ihre Arbeitseinheit „bloßstellen“, sagen die Vorgesetzten. Die Gewerkschaftszeitung nennt dieses Verhalten antigewerkschaftlich und kündigt öffentliche Proteste an, wenn man weiterhin versuchen sollte, Arbeiter an der Ausübung ihrer Rechte zu hindern.

## Streiks, Blockaden, Demonstrationen gegen Rentenkürzung in ganz Brasilien

Rund eine Million Menschen beteiligten sich am 15. März 2017 in ganz Brasilien aktiv am landesweiten Protesttag gegen das, was auch die nicht gewählte brasilianische Regierung eine Rentenreform nennt. Und es war kein Zufall, dass bereits eine Woche zuvor, am Internationalen Frauentag, Aktionen stattfanden wie Besetzungen von Rentenbüros: Von allen Verlierern dieser angeblichen Reform, die nur eine Kürzung ist, sind arbeitende Frauen am meisten betroffen.

Was in der brasilianischen Gesellschaft, wie überall auf der Welt, in der Regel bedeutet, dass Frauen, die wegen Kindererziehung für längere Zeit nicht gearbeitet haben, niemals eine richtige Rente bekommen werden. Dasselbe gilt für die große Gruppe der LandarbeiterInnen. *Die Regierung Temer will das Rentenalter auf 65 Jahre erhöhen. Bisher liegt es bei 55 für Frauen und 60 für Männer. Die minimale Beitragszeit soll von 15 auf 25 Jahre erhöht werden und eine Rentenzahlung des vollen Gehalts nur möglich sein, wenn man 49 Jahre eingezahlt hat.*



Diese Rentenreform ist eine der zentralen Aufgaben, die dieser rechtskonservativen Regierung von ihrem wichtigsten Wähler, dem Unternehmerverband des Bundesstaates Sao Paulo FIESP (der ganz öffentlich und selbstbewusst die Kampagne gegen die vorherige sozialdemokratische PT-Regierung finanzierte): Damit soll unter anderem verhindert werden, dass die Sozialversicherung irgendetwas unternimmt, Hunderte von Milliarden (Euro) einzutreiben, die diese Unternehmen bisher schuldig geblieben sind. (Die gerade in diesen Tagen im Parlament beschlossene Abschaffung der Schranken für den Einsatz von Subunternehmen in Kernbereichen von Firmentätigkeit ist ein weiterer Punkt dieser „Agenda 2015“). Hinzugefügt sei, dass einflussreiche Mitglieder dieser FIESP unter anderem Mercedes, Volkswagen, Bayer, Siemens und BASF heißen... Erstmals seit dem parlamentarischen Coup gegen die vorherige Regierung Rousseff (an dem ein Teil

der Gewerkschaften durchaus beteiligt war, wie etwa der drittgrößte Verband Forca Sindical) waren alle neun brasilianischen Gewerkschaftsverbände übereingekommen, gemeinsam zu diesen Protesten aufzurufen, zu mobilisieren. Mit durchaus unterschiedlichem Ergebnis: In der traditionellen Hochburg der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung, dem Industriegürtel rund um Sao Paulo, nach den Anfangsbuchstaben der Städte ABC genannt, war die Mobilisierung, im Angesicht der schweren Krise vor allem im Metallsektor, gelinde gesagt bescheiden. Wozu auch der Propagandaapparat der Unternehmerregierung beigetragen hat: Wer aus Deutschland nach Brasilien kommt, wird in kurzer Zeit finden, dass die Bildzeitung ein Ausbund an seriösem Journalismus ist und RTL II ein anspruchsvolles Programm. Auf der anderen Seite gab es massive Mobilisierungen in anderen Bereichen, wie etwa zahlreiche Streiks in Ketten von Call Centern, trotz Verbots Streiks aller da tätigen Schichten an mehreren Universitäten, den landesweiten Streik der Gewerkschaften im Schulbereich, und – ebenfalls eine wichtige neue Erscheinung – beachtliche Streiks eben vor allem von Frauen im Einzelhandel.

Die Anstrengungen der diversen Gewerkschaftsverbände waren auch deutlich sichtbar: Unterschiedlich. Während linke Verbände wie Intersindical und Conlutas mit aller Kraft mobilisierten und dezidiert sozialpartnerschaftliche wie eben die Forca Sindical so gut wie gar nicht, war beim größten Gewerkschaftsbund CUT die Mobilisierungsarbeit so unterschiedlich, wie auch die politischen Strömungen im Verband es sind: Während ein Teil mehr damit befasst ist, die nächste Präsidentschaftswahl vorzubereiten, hat ein anderer sehr massiv mobilisiert.

Sieht man sich das Ergebnis dieses Tages an – so etwa das erste Zugeständnis der Regierung, die Beratungszeit im Parlament zu verlängern – kann man durchaus davon sprechen, dass dies der bisher erfolgreichste Protest gegen diese Regierung Temer war. Was andererseits aber noch nicht bedeutet, dass eine Wende in der politischen Konjunktur eingeleitet worden sei, dies bleibt zumindest abzuwarten. Eine Wende, die sich etwa in einer wirklichen Rentenreform ausdrücken müsste: Die horrenden Schulden der Unternehmen eintreiben und die extrem hohen – und auf Kinder übertragbaren – Luxusrenten hoher Staatsbediensteter (etwa Militärs und Richter) kürzen.

Helmut Weiss - LabourNetGermany ([www.labournet.de](http://www.labournet.de))

## Serienweise Angriffe auf die Beschäftigten

Die nichtgewählte Regierung Temer befürchtet, dass ihr vielleicht nur die kurze Zeit bis zur nächsten Wahl bleibt, um ihre Projekte umzusetzen. Ihr Ziel ist die vollkommene Entmachtung und Entrechtung der Arbeiterbewegung, der Durchmarsch der Unternehmer und ihrer Helfer. Und sie verfolgt dieses Ziel skrupellos und eilig: Reform der Rentenversicherung (PEC 287), Reform des Arbeitsrechts (PL 6.787), und jetzt die völlige Freigabe für Leiharbeit und Fremdvergabe (PL 4302).



### Fremdvergabe und Leiharbeit

Fremdvergabe und Leiharbeit war in Brasilien nur eingeschränkt möglich, z.B. für Dienstleistungen wie Kantine, Reinigung, Sicherheit. Sie war nicht möglich für das Kerngeschäft eines Unternehmens. Erste Versuche, diese Einschränkung abzuschaffen, wurden 1998 wieder in die Schublade gelegt. Unter Temer werden sie 2016 wieder rausgeholt und durch das Parlament gepeitscht, am 15. März 2017 wurde beschlossen. Jetzt ist Fremdvergabe und Leiharbeit unbegrenzt möglich. Die Gewerkschaften haben sich ge-

gen dieses Gesetzts verzweifelt gewehrt. Denn sie wissen, was es bedeutet: Man fürchtet, dass die Zahl der Leiharbeit von jetzt 13 Millionen auf über 50 Mio. steigt. Leiharbeiter haben viermal mehr Arbeitsunfälle. Im Schnitt verdienen solche Beschäftigten 25 % weniger, arbeiten 4 Stunden in der Woche mehr und ihre Beschäftigungsdauer ist 2,7 Jahre kürzer. Weitere Rechte und Garantien fehlen ebenfalls.

### Schwere Folgen: Tiefschläge ohne Ende

Weitere Projekte sind ins Parlament eingebracht. CUT-Präsident Vagner Freitas weist besonders auf PL 6.787 hin, eine geplante Reform des Arbeitsrechts. Befristete Arbeitsverhältnisse können dann verlängert werden, Arbeit auf Abruf, längere Jahresarbeitszeit, Stückelung des Jahresurlaubs durch den Arbeitgeber und eine Reihe weiterer Maßnahmen. Alle sollen den Zugriff des Arbeitgebers auf die Beschäftigten erleichtern. Betriebliche Verhandlungen sollen tarifliche und gesetzliche Regelungen aushebeln können. Zum Beispiel könnte durch betriebliche Vereinbarung eine monatliche Arbeitszeit von 220 Stunden vereinbart werden, im Jahr 344 Stunden mehr als bisher.

### Kann Widerstand diese Politik stoppen?

Zu den vielfältigen Widerstandsaktionen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen siehe unsere Artikel auf den Seiten 4, 5, 6 und 16

## Massenproteste am 31. März 2017

Immer mehr Brasilianer werden sich bewusst, welch gefährlich antisoziale Politik die Regierung Temer durch das Parlament peitscht. Die Massendemonstrationen am 31. März 2017 beweisen: immer noch wächst der Widerstand weiter. Der geplante Generalstreik am 28. April 2017 könnte gelingen.

In Belo Horizonte waren es 100 000 Teilnehmer, in São Paulo 70 000, Rio 60 000, Fortaleza 35 000, Natal 20 000. Und das sind nur einige Großstädte. Die beschlossene völlige Freigabe von Leasing und Fremdvergabe bringt die Menschen auf. Aber vor allem steht die geplante Rentenreform im Zentrum des Protests. Inzwischen liest man, dass die parlamentarische Basis der Regierung für die geplante Rentenreform erste Risse bekommt. Der Widerstand lohnt sich – aber ist noch nicht am Ziel.

## Am 28. April werden wir Brasilien anhalten

**Die gewerkschaftlichen Dachverbände rufen ihre angeschlossenen Gewerkschaften dazu auf, dass am 28. April die Arbeiter/-Innen ihre Arbeit einstellen. Dies als Warnung an die Regierung, dass die Gesellschaft und die Arbeiterklasse die Vorschläge, die die Regierung Temer dem Land auferlegen will, nicht akzeptieren werden. Nämlich die Vorschläge zur Reform der Sozialversicherung, zur Reform des Arbeitsrechts und das Projekt zu Leasing und Fremdvergabe, das vom Parlament angenommen wurde.**

**Die Dachverbände CTB, CSB, Intersindical, Nova Central, CSP-Conlutas, Força Sindical, UGT, SGTB, CUT**

# Regierung Temer zerstört Sozialpolitik

## Studenten und Schüler an der Spitze des Widerstands

**Inzwischen sprechen es brasilianische Politiker offen aus: Präsidentin Dilma wurde abgesetzt, weil sie nicht bereit war, das Programm des konservativen Koalitionspartners PMDB („Brücke in die Zukunft“) zu übernehmen. Rein rechtlich konnte man sie aber nur wegen „persönlicher Verfehlungen“ absetzen. Also hat man solche konstruiert. Ein solches Verfahren steht nicht mit der Verfassung in Einklang: es ist ein kalter Putsch.**

Die neoliberale Regierung Temer will angeblich vor allem das Haushaltsdefizit bekämpfen: mit Einsparungen, die auf das Ende aller Sozialprogramme hinauslaufen. Kurzfristig wurden 10% - 30% der Empfänger von der Sozialhilfe (Bolsa Familia) ausgeschlossen. Die Mittel für den Sozialen Wohnungsbau wurden um 4,8 Mrd. Reais gekürzt. Das Programm gegen Analphabetismus gänzlich eingestellt. Die Programme ProUni und Pronatec, eine Art Bafög für Hochschulen, wurden ausgesetzt. Unschwer zu erraten, gegen welche Schichten der Bevölkerung sich das alles richtet.

Andererseits wurden aber neue Ausgaben beschlossen. 800 Mio. Reais mehr für die Militärpolizei; 900% Erhöhung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit (Gelder, die vor allem den medialen Unterstützern des Putsches Rede Globo und Editora Abril zugutekommen). Und Senatoren, Abgeordnete und Richter erhalten ab Februar 2017 ca. 68% mehr Gehalt. Die weiße Herrscherkaste bedient sich.

## Schuldenbremse PEC 241

Die einschneidendste Maßnahme ist aber der Verfassungszusatz PEC 241. Damit ist das Einfrieren öffentlicher Ausgaben für 20 Jahre auf der Basis von 2016 beschlossen worden. Staatsausgaben sollen zukünftig nur noch im Umfang der Inflation steigen.

Die Konsequenzen sind langfristig und katastrophal. Man rechnet mit harten Einschnitten bei Einkommen, bei Renten, der Bildung, der Gesundheit und beim sozialen Wohnungsbau. Sogar staat-

liche Institute warnen vor den Folgen etwa für das staatliche Gesundheitswesen SUS. Gesundheits- und Bildungsausgaben werden wohl um 40% zurückgehen. Harte Einschnitte beim Rentenniveau und beim Mindestlohn werden erwartet. Der Anteil von Bolsa Familia-Ausgaben am BIP wird wohl in 10 Jahren von 8% auf 4% fallen.

Die Axt wird an den schwachen brasilianischen Sozialstaat angesetzt. Die Armen werden auf das Niveau von vor 20 Jahren zurückgeworfen. Gleichzeitig werden die Zinsen hochgesetzt: Nutznießer sind die kapitalbesitzenden 10-15.000 Familien. Das ist nicht „Austeritätspolitik“, das ist Raub.

## Breiter Widerstand



„PEC 241 = Kürzung bei Gesundheit und Bildung“

Gegen die Auswirkungen solcher Beschlüsse auf das Bildungssystem, aber auch gegen weitere Eingriffe in das Schulsystem entwickelte sich breiter Widerstand. Studenten und Schüler stehen an der Spitze der Bewegung, entwickeln neue Organisationsformen und Bündnisse. Im November 2016 waren über 1000 staatliche Schulen und 171 höhere Bildungseinrichtungen besetzt. Die Besetzer führten ihren Unterricht selbstständig weiter, protestierten und demonstrierten. In den Großstädten gab es immer wieder neue Massendemonstrationen.

**Widerstand ist nicht zum Schweigen zu bringen.** (unter Verwendung von Artikeln von K. Damm, C. Russau und G. Schulz in Brasilien-Nachrichten 154-2016)

## Die neoliberale Offensive und die Bildungspolitik

Ariella Silva Araujo: Gastwissenschaftlerin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Themen wie Gesundheit, Bildung und öffentliche Sicherheit bilden einen großen Teil in den Debatten über die öffentliche Politik. Das Land ist markiert durch Ungleichheiten unter den Geschlechtern, in der Klasse, der ethnischen Zusammensetzung und durch 300 Jahre Sklaverei. In den letzten 12 Jahren der Regierung der Arbeiterpartei (PT) machten sich Fortschritte in diesen Bereichen bemerkbar mit einer deutlichen Abnahme der sozialen Unterschiede. Obwohl man Kritik an einzelnen politischen Maßnahmen, die von der PT vorgeschlagen wurden, anbringen kann, können die Fortschritte nicht unbeachtet bleiben, vor allem in der beruflichen Bildung. Hier wurden viele Programme geschaffen, um den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Brasilien zu überwinden. Diese Politik, so kann man sagen, wurde im Einklang mit dem „Plan zur Wachstumsbeschleunigung“ (PAC), der Achse der zentralen Industriepolitik der PT, durchgeführt.

Zu den geförderten Programmen gehört „Das Bundesnetz für Berufsbildung“ (Gesetz Nr.11.892 / 2008). Dadurch wurden 38 Bundessinstitute für Bildung, Wissenschaft und Technologie (IFs) im Land geschaffen. Später wurde die Zahl der Plätze in der Berufsbildung noch erweitert, dies auf dem Hintergrund der Krise von qualifizierten Arbeitskräften: „Das Nationale Programm für den Zugang zur technischen Bildung und Beschäftigung“ (PRONATEC). Es wurde 2011 begonnen mit dem Hauptziel, der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen und wenig formaler Bildung berufliche Bildung anzubieten. Das geschah in Partnerschaft mit privaten Institutionen wie mit dem S – System (Set 9 = 9 Institutionen für Berufsgruppen), das durch die Verfassung 1988 festgelegt ist, mit Gemeindeverwaltungen und IFs aus dem ganzen Land.

Das bekannte Programm „Universität für alle“ (ProUni, Gesetz Nr. 11096) ist ein weiteres sehr wichtiges Programm, das wir erwähnen können. Das Ziel ist, den Zugang zur Hochschulbildung durch Angebote von Vollstipendien oder Teilstipendien (50%) in den privaten Universitäten und durch die Einführung von Quoten für Schüler aus den öffentlichen Schulen zu demokratisieren (mit Unterquoten für Afrobrasilianer/Innen und Indigene). So soll in den Universitäten, insbesondere in öffentlichen, eine größere Einbeziehung dieser Bevölkerungsgruppen ermöglicht werden. In Brasilien hängt der Zugang zur öffentlichen Universität von materiellen Dingen ab und drückt unsere Ungleichheiten aus. Viele AfrobrasilianerInnen und Arme waren ausgeschlossen, die Hochschule zu besuchen, aufgrund des Auswahlsystems für die öffentlichen Universitäten. Hier besetzten Weiße und die obere Mittelklasse mit besseren Bildungschancen die Stellenangebote für die Universitäten mit ausgezeichneten Zukunftsaussichten im Land. Für diejenigen, die nicht in die öffentliche Universität gewählt

werden können, schien der „Finanzierungsfond für Schüler und Studierende“ (= FIES) eine gute Gelegenheit zu sein, auch um in die Leitung der PT gelangen zu können. Die Grenzenlose Wissenschaft (= CsF) wurde als Flaggschiff der öffentlichen PT-Politik etabliert, vor allem unter der Regierung von DilmaRoussef. Der Schwerpunkt dieses Programmes war, Brasilien auf den Weg zur Internationalisierung von Wissen, Wissenschaft und Technologie durch den Austausch und die Mobilität der Studierenden zu bringen. Ohne den Schatten eines Zweifels: ein ehrgeiziges Programm, ausgerichtet auf Innovation und brasilianische Wettbewerbsfähigkeit und vor allem, um Brasilien wegzuholen von der Peripherie in Bezug auf die Produktion der Wissenschaft.

Allerdings zeigt dieses Szenario nach der letzten Präsidentschaftswahl Anzeichen von Erschöpfung. Danach hat die konservative Rechte die Wahlergebnisse nicht anerkannt. Sie hat dann mit dem Diskurs über eine Wirtschaftskrise, die vor allem politische und institutionelle Wurzeln hat, eine Bewegung in Gang gebracht, eine rechtmäßig von 54 Millionen Stimmen gewählte Regierung abzusetzen. Seit Mitte 2016 hat die unrechtmäßige Regierung Reformen angewendet, die die Bedeutung dieser Programme widerrufen oder vermindern, die als schlechtes Erbe der Regierung der PT, vor allem aber auch von DilmaRoussef betrachtet werden. Die Programme ProUni, FIES, PRONATEC und CsF waren die ersten, die Veränderungen erleiden mussten. Dieses geschah durch Investitionskürzungen, Aussetzung von Stipendien und neuer Verträge, Einfrieren von offenen Stellen.



Quelle: Raquel Camargo. Sindicato dos Metalúrgicos do ABC

Andere bittere Maßnahmen von Temer und seinem Team war das Reformprojekt für die Sozialversicherung / Rentensystem und für die Arbeitsgesetze u.a. die Ermöglichung von Auslagerung auch in der Produktion, mit der Folge weiterer Präkarisierung von Arbeitsplätzen.

An diesem 1. Mai sind die brasilianischen und die internationalen Gewerkschaften dazu aufgerufen, den Aufstieg der neoliberalen Offensive in Amerika und Europa zu stoppen, die sich in Amerika und Europa verbreitet, und auf diese Weise die internationale Gewerkschaftsaktion zu stärken gegen das Gespenst der Rechten, das in Europa und in den Amerikas die Runde macht.

# Korruption in Brasilien

N. Martins

Korruption hat eine lange Tradition in der brasilianischen Gesellschaft. Ganz selbstverständlich wird diese Praxis in Politik und Wirtschaft vorgelebt und in allen Schichten der Gesellschaft in kleinerem Maßstab nachgeahmt. Und so heißt es landauf, landab: "toma la, da ca" (geb´ ich dir was, gibst du mir was). Da die materiellen Zuwendungen in Politik und Wirtschaft immens sind, gehört zur Korruption das Führen schwarzer Kassen und die Geldwäsche im Ausland.

Der weltweit publik gewordene Korruptionsskandal bei dem Ölkonzern Petrobras ist also keineswegs der erste Fall von Korruption, aber bestimmt einer, der das internationale Geschäftsinteresse an dem Ölmulti in besonderer Weise ans Licht fördert.

In den Jahren 1996 bis 2003 gab es den Bankenskandal "Banestado", bei dem viele Billionen Dollar dubioser Herkunft von der staatlichen Bank Parana ins Ausland zum Zweck der Geldwäsche transferiert wurden. Die Besitzer großer Konzerne, darunter der des Medienkonzerns Globo, und mächtige Politiker wurden zwar als schuldig ausgemacht, dennoch blieb dies für sie ohne Konsequenzen. Der verantwortliche Bundesrichter Sergio Moro drückte beide Augen zu.

Da gab es den Korruptions- und Geldwäscheskandal des staatlichen Energiekonzerns Furnas, bei dem Geld in die Taschen zahlreicher konservativer und neoliberaler Politiker floss. In Zusammenhang mit dem Skandal tauchten besonders häufig die Namen der Politiker José Serra (Ex-Außenminister im Kabinett Temer, PSDB), Aécio Neves (Senator und Parteichef der PSDB) und Geraldo Alckmin (Gouverneur von S. Paulo, PSDB) auf. Obwohl die Namen bekannt sind, wird der Prozess Jahr um Jahr hinausgezögert. Wieder drückte der Bundesrichter Moro beide Augen zu!

Wie konnte Sergio Moro trotz seiner augenfälligen Untätigkeit zum Helden im Kampf gegen die Korruption und zum Medienstar in Brasilien werden? Das liegt an seinem ungeheureren Eifer bei der Verfolgung von Verdächtigen im Korruptionsfall Petrobras, allerdings hauptsächlich nur solange, wie er sie im Lager der Arbeiterpartei PT wähnt. Dabei steht besonders der Ex-Präsident Lula von der Arbeiterpartei, der bei der nächsten demokratischen

Wahl wieder an die Macht kommen könnte, im Zentrum seiner obsessiven Verfolgung. Unterstützt wird Moro von dem Medienkonzern Globo, der ihn selbst angesichts illegaler Untersuchungsmethoden als großen Helden auf dem Bildschirm erscheinen lässt. Während er aber keine Beweise gegen Lula zu finden vermag, bleiben bewiesenermaßen schuldige Politiker auch in diesem Fall wieder unbehelligt. Nicht zufällig gehören diese dem konservativen und neoliberalen Lager an und viele von ihnen sind Mitglieder der aktuellen illegitimen Regierung.

Die illegitime Regierung kam durch ein Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei an die Macht. Angestoßen wurde dieses Verfahren durch einen Korruptionsverdacht gegen sie. Dass sich die Korruptionsvorwürfe als unberechtigt erwiesen, spielte schließlich keine Rolle. So stellt eine Gruppe von brasilianischen Historikern, Politologen und Juristen zu Recht fest, dass Moro (einseitige) Entscheidungen zum Sturz einer legitimen Regierung beigetragen und er auf diese Weise den schlimmsten undemokratischen Interessen gedient habe.



Staatsanwalt Moro (dritte Person oben von links) in Gesellschaft korrupter Politiker, die er im Fall Lava Jato untersucht und deren Parteien der ehemaligen Militärdiktatur nahestehen

Foto: D. PADGURSCHI (FOLHAPRESS), Jornal El País 9.12.2016

Die Korruption feiert gegenwärtig fröhliche Urstände. Es wurde ihr nun aber ein neues Kapitel hinzugefügt: Unter dem Deckmäntelchen der Korruptionsbekämpfung werden die Partei der Arbeit und ihre Politik, inklusive ihrer Sozialprogramme, bekämpft und die Demokratie wird beschädigt!

# Gibt es einen Boden im Sumpf der Korruption?

Immer mehr wird deutlich, dass der Sumpf der Korruption in Brasilien und in ganz Lateinamerika tief ist. Aber noch weiß man nicht, wann der Boden dieses Sumpfes erreicht ist. Jeden Tag werden neue Anschuldigungen erhoben.

Am 18. Februar 2017 begann die brasilianische Bundespolizei erneut, Büros und Privatwohnungen von Politikern zu durchsuchen. Diesmal ging es um Schmiergeldzahlungen des Baukonzerns Odebrecht. Firmenchef Marcelo Odebrecht, inzwischen zu 19 Jahren Haft verurteilt, hatte vor Gericht zugegeben, von 2001 bis 2014 etwa 788 Mio. US-Dollar Schmiergeld in 12 Ländern Lateinamerikas und Afrikas gezahlt zu haben. Ermittlungen laufen inzwischen in der Dominikanischen Republik, in Venezuela, Panama, Kolumbien, Ecuador, Argentinien, Peru. Und natürlich in Brasilien. Der spektakulärste Fall ist bislang Peru. Alle Präsidenten von 2001 bis 2016 sollen von Odebrecht bestochen worden sein. Vermutlich ist die „Interozeanische Straße Süd“ zwischen Peru und Brasilien nur aufgrund von Korruptionsgeldern beschlossen worden. Nicht weil man sie gebraucht hätte.

77 Manager von Odebrecht haben inzwischen im Rahmen von Kronzeugenregelungen ausgesagt. Ihre Aussagen werden jetzt ausgewertet. Inzwischen wurde aber auch Alexandre de Moraes als neues Mitglied des Obersten Gerichtshofs bestätigt. Er ist PMDB-Mitglied. Die Opposition befürchtet, er soll andere PMDB-Politiker retten. Denn wie immer hängen Politiker dieser Partei ganz tief mit drin.

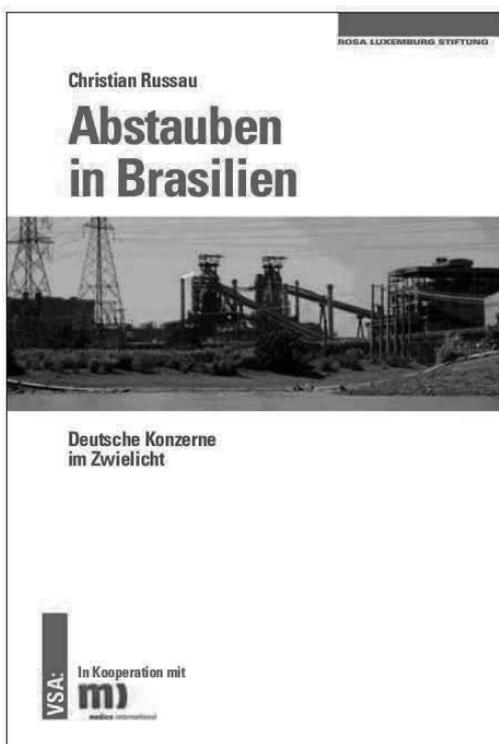
## Auch Staudamm Belo Monte betroffen?

Man muss davon ausgehen, dass auch beim Bau des Staudamms Belo Monte Schmiergeld geflossen ist. In wessen Interesse wurde dieses Projekt beschlossen? Im Interesse der Bevölkerung oder der beteiligten Konzerne?



## und wer hielt hier die Hand auf?

*(geschrieben unter Verwendung eines Artikels von Thilo Papacek, Lateinamerika-Nachrichten Nr. 513, März 2017)*



**Zu diesem Buch:** Die Global Player der deutschen Wirtschaft sind alle in Brasilien aktiv. Christian Russau, Mitarbeiter des FDCL, geht in seinem Buch „Abstauben in Brasilien“ der Frage nach, wie es die in Brasilien tätigen deutschen Konzerne mit Menschenrechten und Umwelt halten und welche unrühmliche Rolle deutsche Politik und Konzerne während der Militärdiktatur und

heute in Brasilien spielten. Deutsche Konzerne beteiligen sich als Zulieferer oder Versicherer bei Staudämmen, sind Abnehmer der Rohstoffe, betreiben Stahlwerke oder verkaufen in Brasilien Pestizide, die in Europa nicht zugelassen sind, oder mischen eifrig beim Landgrabbing mit.

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit

medico international

240 Seiten | Oktober 2016 | EUR 16.80 | ISBN 978-3-89965-721-0

Bestellen beim VSA-Verlag Hamburg:

<http://www.vsa->

[verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/abstauben-in-brasilien/](http://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/abstauben-in-brasilien/)

## Die Eliten in Brasilien kennen keine Solidarität, keine Ethik, keine Moral

Viele Menschen fragen sich, wie es dazu kommen kann, dass sich in einem Land wie Brasilien, das sich selbst als regionale Führungsmacht sieht, **Ärzte und Anwälte, Teile der Elite Brasiliens**, öffentlich über den Tod von Lulas verstorbener Ehefrau Marisa Leticia Lula da Silva freuen bzw. ihr den Tod zuvor öffentlich gewünscht haben? Kommentare der „gut erzogenen weißen brasilianischen Elite“ waren, obwohl es schrecklich ist, diese Kommentare zu wiederholen, z.B. „Gott ist der Richter“, „das unwichtige Leben von Marisa interessiert nur ihresgleichen und die Justiz, tot interessiert sie nur ihresgleichen und die Maden“ oder „sie ist nur noch nicht in der Hölle angekommen, weil die Dokumente fehlen, und der Teufel Angst vor Konkurrenz hat“.

Der Direktor des renommierten Krankenhauses Sírío-Libanes in São Paulo musste aufgrund der Weitergabe vertraulicher Daten der ehemaligen Präsidentengattin eine Ärztin entlassen. Die Fälle einiger weiterer **Ärzte und Anwälte** wurden publik, die sich öffentlich widerwärtig über die Patientin geäußert haben und zum Teil ebenfalls eine Kündigung erhielten. Es gibt noch unzählige weitere Fälle von Hass, die in Netzwerken zirkulieren oder privat ausgetauscht werden. Ein widerwärtiger Hass, der keine Grenzen kennt. Woher kommen diese primitiven unmoralischen und unethischen - Ansichten, die von einem Teil der Elite Brasiliens, überwiegend Männer und Frauen der weißen Oberschicht, verbreitet werden?

Göran Lambertz, vom obersten Gerichtshof in Schweden, beschreibt brasilianische **Juristen** als "egoistisch und egozentrisch, die öffentliche Staatshilfe für die Privatschule ihrer Kinder und allgemeine Verpflegung beziehen." Die Situation der brasilianischen Justiz ist ein Spiegelbild eines Landes mit äußerst geringer Ethik und Moral bzw. ohne Moral und Ethik. Obwohl in den letzten 14 Jahren unter der Mitte-Links-Koalition soziale Gesetze implementiert wurden und in die öffentliche Bildung und Gesundheit investiert wurde, blieben die Privilegien der weißen Oberschicht bestehen und die Elite in ihrem Weltbild rückständig und unsolidarisch. Das öffentliche Feindbild stellen die Arbeiterpartei PT und der ehemalige Präsident Lula dar, wodurch es zu den widerwärtigen Anfeindungen gegen ihn und seine verstorbene Ehefrau kam. Viele Gesetze der Arbeiterpartei haben Millionen Brasilianer aus der Armut geholt, öffentliche Gesundheitsversorgung ermöglicht und Bildungsmöglichkeiten geschaffen. Im nächsten Schritt sollten diese Ausgaben und Gesetze durch das neu erschlossene Einkommen des Pré-Sal, die neuen Ölfelder vor der brasilianischen Küste, finanziert und weiter ausgebaut werden, um so die Ungleichheit in der brasilianischen Gesellschaft abzubauen. Die brasilianische **Staatsanwaltschaft**, die national

im Fall „Lava Jato“ (übersetzt: Autowäsche) ermittelt, dem schwerwiegendsten Korruptionsskandal im Land, besteht zum größten Teil aus weißen Männern der Elite Brasiliens. Anscheinend wird versucht, die Korruption in Brasilien endgültig in den Griff zu bekommen. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft begann in Curitiba, wo die Wirtschaftskriminalität ansässig ist. „Wenn der weiße Staatsanwalt Sergio Moro in Curitiba Erfolg hat, wird er überall Erfolg haben“, wie im Volksmund Curitiba zitiert wird. Curitiba und Sergio Moro sind häufig in der Presse, und dem Ex-Präsidenten Lula wird von Staatsanwälten öffentlich gedroht, ihn endlich zu verhaften. Lula wird ebenfalls zur Last gelegt, öffentliches Geld veruntreut zu haben. Bisher konnte ihm nichts bewiesen werden. Es ist ein Hass, der im Zusammenhang mit dem traditionellen, rückständigen Weltbild und dem Rassismus eines großen Teils der brasilianischen Elite steht. Viele davon sind Anwälte und Ärzte, die keinen solidarischen Arbeiter und Gewerkschaftsprotagonisten an der Spitze des Landes sehen wollen. Die weiße Elite will jemanden, der ihre (Wirtschafts-) Interessen vertritt.

Die Hetze gegenüber Lula und seiner Familie sowie der Arbeiterpartei PT wurde neuerdings ebenfalls via Facebook-Account **"Movimento Brasil Livre - MBL"** gesteuert, eine Seite, die heute von fast 2 Millionen Menschen "geliked" wird. Finanziert wird diese Bewegung u. a. von den Stiftungen einer der reichsten weißen amerikanischen Milliardärsfamilien, der Familie Koch. Sie ist im Besitz unter anderem der zweitumsatzstärksten Firma der USA. Ihr Geschäft setzt sich vorwiegend aus der Extraktion von Rohstoffen und deren Weiterverarbeitung zusammen. Um an die lukrativen Ölfelder Brasiliens zu gelangen, am Gewinn beteiligt zu werden und das System in Betrieb zu halten, mussten Lulas Zusicherungen an das brasilianische Volk, d.h. Investitionen u.a. in Bildung und Gesundheit, abgeschafft werden. Durch den Putsch gegen Dilma Rousseff im Jahr 2016 und die daraufhin umgesetzten Gesetzesänderungen ist der Plan bereits weit fortgeschritten. Die Anteile am Gewinn wurden neu aufgeteilt, zu Ungunsten der Umverteilung von Ressourcen innerhalb der Gesellschaft und zu Gunsten der nationalen und internationalen Wirtschaftseliten, bzw. gegen Lula und die PT und für die traditionellen Parteien mit starken Verbindungen zur ehemaligen Militärdiktatur. Erste Amtshandlungen durch Temer, dessen Regierung sich aus weißen Männern der Elite zusammensetzt, zeigen es deutlich: die Eliten versuchen mit aller Macht, ihre Wirtschaftsinteressen zu verfolgen und dabei stoßen sie auf wenig Widerstand innerhalb der Justiz. Sie kennen keine Solidarität, keine Ethik und keine Moral. God bless Brazil-Gott segne Brasilien!

# Die Hölle ist ein brasilianisches Gefängnis

Viele Orte auf der Welt können eine Hölle sein. Ein Ort ist es ganz gewiss: das brasilianische Gefängnis. Bei drei Gefängnisaufständen und Massakern allein im Januar und Februar 2017 gab es 134 Tote (Manaus 56 Tote, Roraima 33 Tote, der dritte Aufstand war in Rio Grande do Norte).

## Von Banden beherrscht

Viele dieser Toten sind grausam massakrierte Opfer von Bandenkämpfen. 90% der Gefängnisse Brasiliens werden von der Bande PCC (Primeiro Comando da Capital) beherrscht, die dort eine absolute Kontrolle ausübt. PCC liegt im Krieg mit dem Comando Vermelho um die Kontrolle des Drogenhandels in Brasilien.

Als Gefangener braucht man die Unterstützung der kriminellen Banden. Denn die besorgen alles, was der Staat nicht besorgt: Seife, Zahnpasta, Matratzen, Essen, ein Telefon oder einen Anwalt. Doch sie verlangen Gegenleistungen – und so rekrutieren die Banden ihren Nachwuchs in den Gefängnissen.



Die Zustände in den brasilianischen Gefängnissen sind eine einzige menschliche Katastrophe und werfen ein Schlaglicht auf die ganze Gesellschaft. UNO-Organisationen kritisieren sie als „inhuman“ und als „schwere Missachtung“ der Menschenrechte. Bei der Anzahl der Gefangenen liegt Brasilien weltweit auf dem 4. Platz. Während aber die Zahl der Häftlinge in den USA, China und Russland in den letzten Jahren gesunken ist, steigt sie in Brasilien weiter. Seit 1990 ist diese Zahl von 90 000 auf 623 000 gestiegen! Die Gefängnisse sind mit 161% Auslastung vollkommen überbelegt. Ein Hinweis auf die Zustände ist zum Beispiel, dass es in den Gefängnissen 28mal wahrscheinlicher ist, TBC zu bekommen als draußen. In den Gefängnis-

sen Rios gibt es keinen einzigen Arzt, weil keiner dort freiwillig hingeht. Die Sterblichkeit ist entsprechend hoch.

Die massenhaften Inhaftierungen haben jedoch nicht zu einem Rückgang der Kriminalität geführt. Im Gegenteil. 2015 gab es 58 467 Tötungsdelikte, fast doppelt so viele wie 1990. Ähnlich bei Diebstahl und Drogenhandel. Die „Politik der harten Hand“, die die brasilianische Justiz pflegt, füllt zwar die Gefängnisse, reduziert aber nicht die Kriminalität – im Gegenteil. Die große Mehrheit der Strafgefangenen ist wegen Diebstahl (43,4%) oder Drogenhandel (25,5%) verurteilt.

## Reformen gescheitert

Unter Präsident Lula wurde eine Reform der Drogengesetze versucht, sie ist aber an der konservativen Justiz gescheitert. Abhängige sollten als Kranke behandelt werden und medizinische Hilfe bekommen. Ob es sich um einen Abhängigen handelt oder um einen Dealer, entscheidet aber der Richter. Ein junger Schwarzer aus der Favela gilt schnell als Dealer. Ein Weißer aus der Mittelschicht wird mit derselben Drogenmenge nur als Konsument betrachtet. Am Ende gibt es jetzt mehr Verurteilungen als vorher. Ähnlich erging es einer versuchten Reform unter Dilma.

## Riesige Zahl von U-Häftlingen

Ein besonders übler Umstand ist die hohe Zahl von Untersuchungshäftlingen. 200 000 Männer und Frauen warten auf ihr Urteil. Ungefähr so viele wie Gefängnisplätze fehlen. Und bei einem Drittel von ihnen ist die U-Haft länger als die spätere Strafe. Gibt es einen besseren Beweis für ein vollkommen ineffektives Justizsystem?

So steigt die Zahl der Inhaftierten immer weiter. Alternativen zur Haft werden nicht entwickelt oder in Anspruch genommen. Menschen werden in die Arme bewaffneter Banden getrieben. Das brasilianische Gefängnisystem ist kriminell und produziert Kriminalität.

*(viele Fakten dieses Artikels sind entnommen aus „Gefangen im Chaos“ von Anne Vigna, Le Monde Diplomatique Februar 2017)*

# Rio de Janeiro: Stoppt die Privatisierung der Wasserversorgung!

Christoph Hess 31.03.17

Rio de Janeiro, brasilianischer Bundesstaat mit gleichnamiger weltberühmter Hauptstadt, erlebt momentan die womöglich größte Krise seiner Geschichte. Gouverneur Luis Fernando Pezão (PMDB) hat den finanziellen Bankrott des Bundesstaates verkündet - 26 Milliarden Reais (7,8 Milliarden Euro) Schulden wurden angehäuft. Seit November 2016 werden keine vollen Gehälter mehr für viele Arbeiterinnen und Arbeiter des Öffentlichen Dienstes bezahlt. Über 200.000 Betroffene stehen vor dem Ruin.

Rio braucht also dringend Geld. Deshalb will die Regierung jetzt das öffentliche Wasserversorgungsunternehmen CEDAE privatisieren. Am 20.2.2017 hat das Landesparlament mit 41 zu 28 Stimmen für die Privatisierung gestimmt. Die Maßnahme soll kurzfristig einen bisher unbekanntem Millionenbetrag in die öffentlichen Kassen spülen. Vor allem aber ist sie Auflage der Bundesregierung unter Präsident Michel Temer (ebenfalls PMDB), um einen weiteren Kredit von 3,5 Milliarden Reais zu erhalten.



Foto: [www.esquerdadiario.com.br](http://www.esquerdadiario.com.br)

Dass die Privatisierung in dieser Situation viele Risiken birgt, spricht für sich selbst. Nicht dass die CEDAE bisher eine gute Arbeit leisten würde. Das Unternehmen ist für die Wasserver- und Abwasserentsorgung von 64 Gemeinden im Bundesstaat Rio zuständig, darunter auch die Hauptstadt. Die Wasserversorgung ist aber in vielen Gegenden – besonders in ärmeren Städten und Stadtteilen – nach wie vor prekär. Noch schlimmer sieht's bei der Abwasserentsorgung aus: Nur etwa 39% des Abwassers werden überhaupt zentral gesammelt, noch weniger wird es in Kläranlagen behandelt.

Dabei ist das Unternehmen hochprofitabel und wirft regelmäßig Gewinne ab.

Grund genug also, bei der CEDAE einiges zu ändern. Die Privatisierung ist dafür allerdings das denkbar ungeeignetste Mittel. Die Erfahrungen mit der Privatisierung der Wasserversorgung sind weltweit vielfach negativ, was zu einem Trend der Rekommunalisierung geführt hat – zwischen 2000 und 2014 wurde weltweit in 180 Städten die Wasserversorgung rekommunalisiert, von Buenos Aires über Berlin bis zu Dar es Salam und Jakarta. Die Versprechungen der Privatisierung haben sich vielerorts nicht erfüllt. Stattdessen verschlechterte sich der Service und die Preise wurden massiv erhöht, während versprochene Investitionen ausblieben, oder nur dort getätigt wurden, wo saftige Profite für die Kapitaleigner warten.

Die Logik des Kapitals führt dazu, dass in den Bereichen investiert und „modernisiert“ wird, wo es sowieso schon besser aussieht – und kaufkräftige Kundschaft am Ende der Leitung sitzt, die auch höhere Preise bezahlen kann. Eine der großen Sorgen von KritikerInnen ist deshalb, dass sich Investitionen weiter auf die Hauptstadt Rio selbst konzentrieren könnten, die 77% des Umsatzes der CEDAE ausmachen. Die restlichen 63 zu versorgenden Gemeinden sind nachrangig. Da kommen ja auch sowieso keine TouristInnen hin.

Und so könnte sich der Ad-Hoc-Verkauf, der innerhalb eines Jahres über die Bühne gehen soll, noch als heftiger Bumerang erweisen. Wenn es in der Zukunft dazu kommen sollte, dass für eine Rekommunalisierung aus dem Vertrag mit Privatinvestoren ausgestiegen werden muss, müssen großzügige Entschädigungen an diese gezahlt werden – selbstverständlich auf Kosten der Steuerzahler. Und überhaupt zeugt die Idee, eine seiner besten Einnahmequellen auf dem Höhepunkt der finanziellen Krise zu verscherbeln, nicht gerade von Weitblick.

Die Bevölkerung Rios hat also allen Grund, auf die Barrikaden zu gehen. Seit November gibt es regelmäßige Demonstrationen und heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei (deren Beamte selbst monatelang auf ihre Löhne warten müssen). Seit der Ankündigung der geplanten Privatisierung stehen die Arbeiterinnen und Arbeiter der CEDAE an vorderster Front des Protests. **Möge ihr Kampf die Privatisierung verhindern!**

## Erneuter Angriff auf indigene Landrechte

von Christian Russau

Zu Brasiliens größter Feierlichkeit, dem Karneval in Rio de Janeiro, wartete die Sambaschule Imperatriz Leopoldinense diesmal mit einem thematischen Knüller auf: die Situation der Indigenen in Brasilien - und thematisierte somit ein politisch äußerst heikles Thema. Denn wie die Agrarlobby in Brasilien mit Mensch und Umwelt umgeht, wollte die Sambaschule auch thematisieren. Und das brachte ihr Lob ein von den Umweltschützern, den Menschenrechtsaktivisten und den Indigenen selbst. Aber es erregte auch den Zorn und die blanke Wut der Agrarlobby, die hinter der Aktion von Imperatriz Leopoldinense die Agitation von „kulturellen Kommunisten“ witterte. Besonders störte die Agrarlobby der Satz eines Motivwagens, „Die Großbauern und ihre Pestizide“. Nach der immer lauter polternden Kritik der im Land äußerst mächtigen Agrarlobby änderte Imperatriz ihr ursprüngliches Motto des Wagens leicht ab und sprach etwas halbgarer von dem „falschen Einsatz der Agrochemie“. Die Sambaschulen argumentierten, ihr Thema sei nichts Politisches, sondern Kultur. Damit zeigte sich die Landwirtschaftslobby dann zufriedener, und der Zwist schien sich zu beruhigen.

Imperatriz Leopoldinense tanzte beeindruckend, unter dem Motto „Xingu – Der Klageruf aus dem Wald“, und im Sambódromo sah man viele der indigenen Aktivistinnen und Aktivisten, Menschenrechtler und Umweltschützer, die die Gelegenheit am Schopfe griffen, das Thema dennoch unter die Menschen zu bringen. Denn das ist etwas, was Sambaschulen mit ihren Auftritten in Rio schaffen: sie erreichen die Menschen, und diese nehmen die allegorische Themenvielfalt des Umzugs auf und reden darüber. Insofern war der Karneval dieses Mal durch Imperatriz Leopoldinense durchaus politischer als sonst.

Das Thema indigener Rechte auf den Karneval zu tragen, ist angesichts der Situation der indigenen Völker und traditionellen Gemeinschaften in Brasilien drängender denn je. Denn aktuell haben sich politische Drangsal und schrittweise Zunahme der Beschneidung der in der Verfassung eigentlich garantierten Rechte der indigenen Völker deutlich verschärft.

Die nach dem parlamentarischen Putsch gegen die gewählte Regierungschefin, Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei PT, an die Macht gekommene De-facto-Regierung von Michel Temer von der konservativen PMDB-Partei setzt die unter dem

Deckmantel von „Entwicklung und Fortschritt“ vorangetriebene schrittweise Unterminierung indigener Rechte und ihrer Territorien fort - und verschärft sie. Mehrere zentrale Posten bei der brasilianischen Indigenenbehörde FUNAI wurden mit PMDB-getreuen Personen besetzt und der FUNAI wurden wichtige Teile der Entscheidung über die Demarkation - also die Ausweisung - indigener Territorien entzogen, zusätzlich wird mit mehreren Gesetzen und neuen Verfassungszusätzen geplant, die gesamte Rechtsprechung über indigene Territorien dem (traditionell äußerst konservativen) Kongress zu übertragen, dort, wo die Großfarmerfraktion der sogenannten *ruralistas* in trauer Einigkeit mit der Waffen-, mit der Bibeltreuen- und mit der Bergbau-Lobby ganz nach ihrem Gutdünken operiert.



Dabei zielen die Gesetzesänderungen nicht nur darauf ab, künftige Demarkationen indigener Territorien zu erschweren, sondern es sollen auch bereits bestehende Territorien nachträglich überprüft werden. Und dabei soll dann ein ganz perfides Argument herangezogen werden, das des sogenannten „marco temporal“, also eines historisch definierten Bezugsrahmens, der für die Territorien gefordert wird. So sollen demnach in Zukunft auch bereits bestehende indigene Territorien nachweisen, dass die Indigenen auf diesem Gebiet vor 1988 (dem Jahr der Verabschiedung der neuen Verfassung Brasiliens) gelebt haben. Haben sie das nicht oder können sie dies nicht belegen, droht gar die Aberkennung des Status als indigenes Territorium. So würden dann 500 Jahre Kolonialismus, Landraub, Verdrängung, Völkermord und Ausbeutung nachträglich noch einmal de facto legalisiert werden - und die Indigenen ihr Land verlieren.

## Internationales Projektmanagement 2.0 für junge GewerkschafterInnen

Am 25.05.2016 flog ich, Daniel Sauerbeck aus dem ZF TRW Werk Alfdorf nach Buenos Aires / Argentinien. Dort hatte ich die Möglichkeit, das Land, die Kultur und die Sprache persönlich kennen zu lernen, bevor neun weitere KollegInnen im Rahmen von IPM 2.0, das durch den internationalen Gewerkschaftsverband IndustriAll in enger Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Dachverbänden der beteiligten Länder und der Friedrich Ebert Stiftung veranstaltet wird, nachgereist sind.

Ich konnte während meines alleinigen Aufenthaltes viele Eindrücke und Erfahrungen und komplexe Zusammenhänge persönlich erleben; diese Rolle als Mensch wahrzunehmen und mich mit internationalen Kompetenzen auseinander zu setzen, ist für mich persönlich von großer Bedeutung.

Um international als Gewerkschaften handeln zu können, müssen wir uns der Herausforderung stellen und uns interkulturelle Kompetenzen aneignen, wie die Kommunikation, Verhaltensmuster und Deutungen. Dazu gehört es, Internationale Veranstaltungen, Seminare, Projekte und Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. Die IG Metall ist in diesem Bereich sehr stark aufgestellt.

In einem fünftägigen Austausch in Canuelas / Argentinien konnten wir verschiedene Themen kennen lernen über die Geschichte der argentinischen Arbeiter\*innenbewegung, die Verhandlung des Peronismus – Arbeitsrecht, Tarifsysteem, Mitbestimmung und Gewerkschaftsstrukturen und die Wirtschaftspolitik in Argentinien. Wir hatten auch vor Ort die Möglichkeit, zwei Unternehmen wie Toyota und Tenaris zu besuchen. Vor Ort konnten

wir die Arbeitsbedingungen und betriebliche Gewerkschaftsstrukturen besser kennen lernen. Was uns eine weitere Erfahrung mit auf dem Weg gegeben hat.

Ein weiterer Schritt in unserer Projektmanagementausbildung ist es, dass die Projektteilnehmer uns in Deutschland besuchen werden. Wir werden uns mit verschiedenen Themen auseinander setzen, wie aktuelle politische Situationen in den einzelnen Ländern, Gewerkschaftsstrukturen in Deutschland, Blick in die Geschichte ab 1945, Gewerkschaftssystem und Struktur der Mitbestimmung, Tarifsysteem, Aufbau und Struktur der IG Metall.

Außerdem werden wir gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen einen Betriebsbesuch bei den Ford Werken in Köln erleben, um ihnen einen Einblick in die betriebliche Interessensvertretung zu vermitteln. Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen müssen während der Ausbildung ein eigenständiges Projekt umsetzen bis zur Abschlusswoche in Deutschland, hier werden wir auch unsere Projektergebnisse über zweieinhalb Jahre Projektarbeit präsentieren. Ich habe mich in der Bekleidungs- und Textilbranche für eine Impulskonferenz mit 45 TeilnehmerInnen stark gemacht, die im Mai in Sprockhövel stattfinden wird und ich damit Netzwerke im Jugendbereich aufbauen und stärken möchte. Auch Gäste aus Peru werden auf der Konferenz vertreten sein. Es ermöglicht uns unterschiedliche Sicht-, Lebens- und Arbeitsweisen vor Ort kennenzulernen und zu verstehen. Es ist auch ein Zeichen der internationalen Zusammenarbeit.



**Ein Ziel ist es:**

**Voneinander lernen  
und über die nationalen  
Grenzen hinaus  
zusammenarbeiten**

## Drei außergewöhnliche Wochen ...

... verbrachten 15 junge Leute aus Deutschland im März 2017 in Brasilien. Der Verein „aprender juntos-voneinander lernen e.V.“ führte erstmals eine Solidaritätsdelegation durch. Der Verein wurde hauptsächlich von „Alt“-Aktivisten der ehemaligen Solidaritätsbrigaden der IG Metall-Jugend gegründet. Und die Reise nach Brasilien knüpft an die von der IG Metall eingestellte Tradition des internationalen Gewerkschaftsaustausches an. Mitglieder des Vereins können nur Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft werden. Damit ist das politische Profil eindeutig gewerkschaftlich.

Auf dem Programm standen Gespräche mit Gewerkschaften und auch der Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra). Da die Mehrzahl der Teilnehmenden aus dem Metallbereich war, trafen wir die Metallgewerkschaft der ABC-Region südlich von Sao Paulo. Dort nahmen wir an einer Frauenkonferenz aus Anlass des Internationalen Frauentages teil, besuchten die Automobilwerke von Volkswagen und Daimler, lernten den gewerkschaftlichen Fernsehsender TVT (TV dos Trabalhadores) kennen und informierten uns über die Berufsausbildung. Bei Daimler konnten wir sowohl die Produktion sehen, als auch mit den gewerkschaftlichen Aktiven sprechen. Zwei Probleme haben sie uns als drückend benannt: einmal die politische Krise und zum anderen die wirtschaftliche Krise. Hervorgehoben haben sie den Austausch mit der IG Metall/Betriebsräten in den letzten Jahren, der bewirkt hat, dass ähnliche Mitbestimmungsstrukturen im Daimler Werk aufgebaut werden konnten, wie sie in Deutschland üblich sind. Trotzdem drohte die Verlagerung des Werkes nach Minas Gerais, welches nach einer finalen Verhandlung 2014 verhindert worden war. Inzwischen wird wieder in das Werk investiert und die Aufträge für die Zukunft sind gesichert. Leider werden immer mehr Bereiche an Leiharbeiter vergeben. Hier ist der Kampf der Aktiven, sich gegen eine zu große Ausweitung der Leiharbeit im Werk zu stemmen und das Ziel, dass elementare Bereiche nicht an Werk- und Zeitarbeiter abgegeben werden.

Allerdings lernten wir auch die größte Gewerkschaft Lateinamerikas kennen, die Lehrgewerkschaft von Sao Paulo APEOESP (Sindicato dos Professores do Ensino Oficial do Estado de Sao Paulo). In Rio de Janeiro besuchten wir die Gewerkschaft der Bankbeschäftigten (Sindicato dos Bancarios Rio de Janeiro). Aber wir trafen auch Kolleginnen und Kollegen der gewerkschaftlichen Dachverbände der CUT (Central Unica dos Trabalhadores) auf Bundesebene und bundesstaatlich in Rio de Janeiro. Und wir tauschten uns mit den Branchenzusammenschlüssen innerhalb der CUT für den Metallbereich CNM (Confederacao Nacional dos Metalurgicos) und den Bildungsbereich CNTE (Confederacao Nacional dos Trabalhadores da Educacao) aus. Mit der Geschichte der MST, ihrem Aufbau, ihren politischen Strategien, Fragen von Gleichberechtigung, Erziehung und Bildung beschäf-



tigten wir uns in der Bundesschule der Landlosenbewegung ENFF (Escola Nacional Florestan Fernandes) in der Nähe von Sao Paulo. Uns wurde auch ermöglicht, ein nahe gelegenes As-

sentamento, eine im Rahmen der Agrarreform neu gegründete Ansiedlung auf dem Land, zu besuchen. Es war auch sehr interessant, die zuvor theoretisch erklärte Vorgehensweise dann sehr praktisch kennen zu lernen. Parallel zu unserem Aufenthalt waren auch ausländische Gäste aus Venezuela, Guatemala und weiteren Ländern in der Schule. Da sich die Schule selbst organisiert, werden alle „Schüler“ in die Aufgaben eingeteilt. Es gibt keine Angestellten wie in einem Hotelbetrieb. Unsere Zusatzaufgabe bestand im Ausgeben der Mahlzeiten und dem Spülen von Geschirr und Töpfen.

Besonders spannend war für uns auch die Einschätzung der brasilianischen Freunde zur aktuellen politischen Situation im Land nach dem Staatsstreich 2016 mit Absetzung der demokratisch gewählten Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei PT. Daher war es eine besonders große Freude, dass sich sowohl Vicentinho, Führer der PT-Fraktion im Bundesparlament, als auch Lula, Staatspräsident für die PT von 2003 bis 2010, für uns zu Gesprächen Zeit nahmen. Anfang Juni findet der Bundeskongress der PT statt und wählt mit großer Sicherheit Lula erneut als Spitzenkandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2018 in Brasilien.



### Was bringt nun ein internationaler Austausch?

Für die Teilnehmenden ist es ein unglaublicher Erfahrungsgewinn, neue Freundschaften, Eindrücke - prägend für das eigene Leben, und es rücken Kolleginnen und Kollegen solidarisch näher zusammen. Man versteht sich besser und erkennt, dass die gleichen Mechanismen hier wie dort uns das Leben schwerer machen. Und unsere gemeinsame Solidarität ist der Kitt, die Kraft, die Motivation und unsere Stärke, die Welt ein wenig schöner zu machen. Für alle die nicht dabei sein konnten, wollen wir unsere Erlebnisse erlebbar machen. Über Vorträge, Seminare oder mit verschiedenen Medien und Materialien wollen wir unsere Erkenntnisse und Erfahrungen weiter tragen. Dabei möchten wir für die Zukunft weitere MitstreiterInnen finden. Denn eine bessere Welt ist nötig und möglich. *von Martin Donat u. Thomas Steinhäuser*

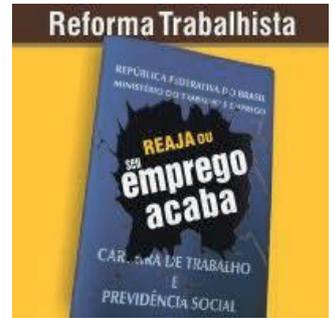


NÃO À TERCEIRIZAÇÃO

Nein zu Leiharbeit und Fremdvergabe!

NÃO À REFORMA TRABALHISTA

Nein zur Reform des Arbeitsrechts!



NÃO À REFORMA DA PREVIDÊNCIA NENHUM DIREITO A MENOS!

Nein zur Rentenreform!

Kein einziges Recht weniger!



FORA TEMER!

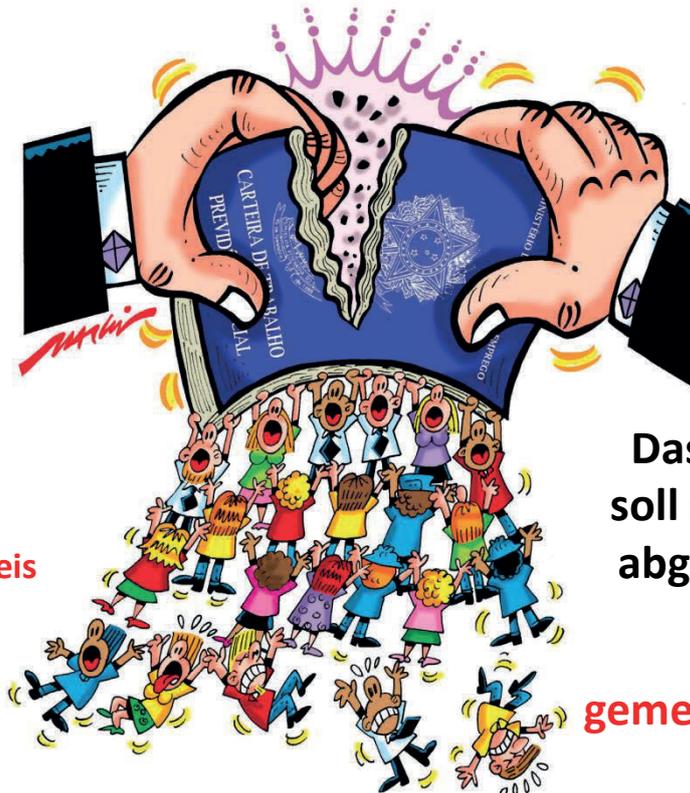
Weg mit Temer!



28 APRIL

GENERALSTREIK

BRASIL IEN WIRD STILLSTEHEN!



CARTEIRA DE TRABALHO PREVIDENCIAL

Arbeits- und Versicherungsausweis

Das geltende Recht soll mit der „Reform“ abgeschafft werden.

Dies werden wir gemeinsam verhindern!